

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

3. April 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisstr. 9-11 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207.

Kolonialbesitz - Kolonial Sorgen.

Krieg oder Frieden in Marokko. - Kolonialkämpfe in Syrien und im Irak.

Paris, 3. April. (TL) Nach einer Londoner Meldung des „Main“ befinden sich gegenwärtig drei Unterhändler Abd el Krim bei den französischen Behörden in Marokko, und zwar der eine in Mekka, der andere in der französischen Kampfzone und der dritte, ein Better Abd el Krim, in Tanger.

Die Unterhändler sollen von den spanischen und französischen Behörden als offizielle Vertreter Abd el Krim anerkannt worden sein.

Die Friedensunterhandlungen verschiedener marokkanischer Stämme haben bereits einen gewissen Fortschritt gemacht. Die französische Regierung will erst die Entwicklung dieser Verhandlungen abwarten, bevor sie in endgültige offizielle Friedensverhandlungen eintritt oder sich für eine neue Offensive entscheidet.

Paris, 3. April. (TL) Am Quai d'Orsay fand gestern früh eine neue Besprechung zwischen Marshall Pétain und dem Generalgouverneur von Marokko, Sieeg, statt. Es wird erklärt, die Friedensvermittlung sei in der letzten Zeit von Stammeshäuptlingen, die in Verbindung mit Abd el Krim stehen, eifrig betrieben worden. Diese Besprechungen hatten sich aber noch nicht zu offiziellen Verhandlungen verdrückt.

Kämpfe in Vorderasien.

Französische Offensive in Syrien.

Paris, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Truppen in Syrien haben am 1. April eine neue Generaloffensive gegen die Drusen begonnen, deren Zweck die Säuberung des Gebietes südlich des Libanons von Aufständischen ist. Bereits am ersten Tage des Vormarsches ist es zu schweren Kämpfen gekommen.

Britische Abwehr eines Einfalles in den Irak.

Bagdad, 3. April. (Reuter.) Britische Tanks traten gestern vormittag an der Grenze zwischen Syrien und dem Irakgebiet in Aktion, als syrisch-arabische Stämme einen Stamm des Irakgebietes angriffen, dem die Verteidigung eines Grenzpostens oblag.

Der Feind überschritt mit 2000 Mann die Grenze des Irakgebietes, die britischen Tanks fügten den eindringenden Stämmen

schwere Verluste zu. Als Flugzeuge erschienen, floh der Feind unter Zurücklassung von 45 Toten. Die Verluste des Feindes an Verwundeten sind nicht bekannt.

Vor dem Eingreifen der britischen Kräfte hatten die britischen Offiziere Anweisung erhalten, den Irakstamm des Scheichs Habis von der Eröffnung der Feindseligkeiten und der Verfolgung über die Grenze des Irakgebietes hinaus zurückzuhalten.

Englisch-französische Gegensätze.

London, 3. April. (TL) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, bestehen zwischen der französischen und englischen Regierung Meinungsverschiedenheiten in der syrischen Frage. In London ist man der Ansicht, daß Frankreich als Mandatsmacht nicht berechtigt ist, ohne Zustimmung des Völkerbundes den neuen französisch-syrischen Vertrag über die syrische Grenze zu ratifizieren. Der Völkerbund, dem das syrische Gebiet eigentlich untersteht, und in dem Frankreich nur als Beauftragter des Völkerbundes die Verwaltung führe, müsse, so verlangt man in amtlichen englischen Kreisen, den Vertrag einer eingehenden Prüfung unterziehen. In London erklärt man, daß der Vertrag gewisse territoriale Änderungen vorsehe, was gegen den Grundgedanken verstoße, daß eine Mandatsmacht keinerlei Mandatsgebiete oder Teile dieser ohne Genehmigung des Völkerbundes abtreten könne. Frankreich sieht jedoch auf dem Standpunkt, daß die Grenzberichtigungen durch die Klauseln des Angara-Abkommens von 1920 gestattet seien. Auch der Lausanne-Vertrag sehe derartige Veränderungen der Grenzlinie vor.

Drei Lösungen für das Mossulproblem.

Paris, 3. April. (TL) Der „Temps“-Korrespondent in Konstantinopel meldet, daß für die Lösung des Mossulproblems augenblicklich drei Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden:

1. Abschluß eines englisch-irakischen Bündnisvertrages, wobei England die Garantie für die territoriale Unversehrtheit der Türkei übernehmen würde.
2. Abtretung eines 50 bis 100 Kilometer breiten Geländestreifens im Norden der Mossulgrenze an die Türkei, sowie Gewährung gewisser wirtschaftlicher Vergünstigungen im Irakgebiet.
3. Neutralisierung von Mossul.

Ein Verfahren gegen den „Avanti“.

Freispruch in der ersten Instanz. - Der Staatsanwalt legt Berufung ein.

Rom, 3. April. (MIB.) Der verantwortliche Redakteur des „Avanti“ war wegen Veröffentlichung eines Aufrufes des Internationalen Bureaus der revolutionären Parteien (der sog. Internationale 2 1/2, der die maximalistische Partei als einzige nennenswerte Gruppe angehört. Red. d. A.) angeklagt worden, wurde vom Raitänder Gericht aber freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft, die ein Jahr Kerker beantragt hatte, hat Berufung angemeldet.

Fliegerbomben über Peking abgeworfen.

Niemand verletzt.

Peking, 3. April. (MIB.) Heute vormittag überflogen Bombenflugzeuge der verbündeten Truppen Peking mit dem offensichtlichen Ziel, das Hauptquartier der Kuomintang-Armee anzugreifen. Vier 60pfündige Bomben fielen auf das Gelände des Winterpalastes, in der Nähe der französischen Mission, an der Kathedrale Peking. Es wurde niemand verletzt.

Die Lage vor und in Peking kritisch.

Peking, 3. April. (EP.) Die militärische Lage vor Peking sieht anscheinend vor der Entscheidung. Die Truppen der sogenannten alliierten Generale befinden sich 15 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Obwohl die Kämpfe noch in vollem Gange sind, haben die Generale der nationalen Armee anscheinend ihre Absicht aufgegeben, bis zum letzten Augenblick Widerstand zu leisten. Es wird bereits mitgeteilt, daß ihre Truppen die Umgebung Pekings im Süden und Osten räumen wollen. Die Züge nach Kalgan sind mit flüchtenden nationalen Truppen überfüllt. Einige Gesandte in Peking haben ihren Vorgesetzten das Verlassen des Gesandtschafts-Quartiers unter sagt. Die Tore dieses Viertels werden bei Sonnenuntergang geschlossen und durch Doppelposten bewacht. Man befürchtet in Peking Plünderungen durch die abziehenden Truppen der nationalen Armee.

Zollerhöhungen in Frankreich.

Anpassung an die Geldentwertung.

Paris, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kammer hat am Freitag die Erhöhung der sämtlichen Zollsätze um 30 Proz. beschlossen. Diese Maßnahme wird mit der Notwendigkeit begründet, die französischen Zolltarife, die seit 1922 keine Änderung mehr erfahren haben, mit der seitdem eingetretenen Geldentwertung und Preissteigerung in Einklang zu bringen.

Die Finanzkommission des Senats hat am Freitag die Beratung der von der Kammer verabschiedeten Finanzvorlage abgeschlossen, so daß am Samstag die Aussprache im Plenum des Senats beginnen wird. Die Kommission hat fast sämtliche Bestimmungen der Vorlage mit geringen Abänderungen gebilligt.

ABC.

Grundsätzliches über demokratischen Sozialismus.

Die „Rote Fahne“ kann sich über die Rede Stampfers zum 100. Geburtstag Wilhelm Liebknechts noch immer nicht beruhigen. Dabei scheint es, als hätte sie noch immer nicht ganz begriffen, worauf es ankommt. Darum möchten wir das noch einmal mit aller Geduld auseinanderlegen.

Es handelt sich um die Stellung der Kommunisten zur demokratischen Verfassung der Deutschen Republik. Früher verwarfen sie diese demokratische Verfassung in Bausch und Bogen und versicherten, daß nur der bewaffnete Aufstand den Arbeitern helfen könne. Durch diesen bewaffneten Aufstand sollte die bestehende Verfassung vernichtet und durch eine der sowjetrussischen nachgebildete, d. h. durch eine „Diktatur des Proletariats“ genannte, gewaltsam aufrechtzuerhaltende Diktatur der kommunistischen Partei ersetzt werden.

Anfangs gingen die Kommunisten so weit, selbst die Wahlen nach den allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältnismahlen als ein Betrugsmanöver der Bourgeoisie zu betrachten; sie beteiligten sich infolgedessen auch nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung.

Dieses Stadium wurde jedoch rasch überwunden. Die Kommunisten entschuldigten ihren Sündenfall in den Parlamentarismus zunächst damit, daß sie im Parlament nur eine Tribüne erblickten, von der aus zum bewaffneten Aufstand aufgerufen werden könnte. Solche Aufrufe wurden in der Tat von der Reichstagstribüne herab so oft ertönen, bis sie langweilig wurden. Seit längerer Zeit hat man von ihnen auch nichts mehr gehört. Die Kommunisten sind im Reichstag in der Art ihres Auftretens kaum noch von einer anderen Partei zu unterscheiden. Sie leugnen auch nicht mehr, daß im Parlament Fragen entschieden werden, die für das Proletariat von äußerster Wichtigkeit sind, und sie zeigen gewisse Ansätze zu der Absicht, an der Lösung dieser Fragen sachlich mitzuarbeiten.

Die Kommunisten haben sich also mit einer Seite der Demokratie, mit der parlamentarischen, lieblich ausgezöhnt. Für ihre andere Seite, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, wie sie die Weimarer Verfassung vorsieht, zeigen sie sich neuerdings aber geradezu begeistert. Sie rühmen sich, auf diesem Gebiet die Führung übernommen zu haben und werfen uns Sozialdemokraten Lässigkeit vor. In dem Eifer, mit dem die Kommunisten jetzt von den Möglichkeiten der Demokratie Gebrauch machen, sehen wir ihre „prinzipielle Kapitulation“, oder mit anderen Worten: den Triumph des demokratischen Gedankens über die bolschewistische Illusion.

Wir sind nicht Optimisten genug, zu glauben, daß sich diese Entwicklung ohne Reibungen, Widersprüche und Rückschläge vollziehen wird, aber wir glauben allerdings, daß auf der Bahn, die vom Kommunismus betreten ist, kein Halt ist und daß es für ihn keinen Rückweg mehr gibt.

Die Entwicklungstendenz zur demokratischen Legalität ist zweifellos bei den kommunistischen Arbeitern vorhanden und kommt ebenso zweifellos in der kommunistischen Politik zum Ausdruck. Wer sie leugnet, verflüchtigt die Augen vor den Tatsachen. Die „Rote Fahne“ verflucht das, indem sie sich darauf beruft, daß die Politik der KPD. im Einklang mit den Lehren Lenins stehe. Zu diesem Zweck — ein nichtliches Kunststück! — zitiert sie eine Schrift Lenins aus dem Jahre 1902, also aus einer Zeit, in der Lenin noch nicht Bolschewist, sondern eben nur ein radikaler Sozialdemokrat gewesen ist.

Ein anderes Kunststück der „Roten Fahne“, das nicht neu ist — es ist uns bei älteren Diskussionen ähnlicher Art schon begegnet — besteht darin, daß die zwei verschiedenen Bedeutungen, die das Wort „Demokratie“ besitzt, durcheinander gemischt werden. Demokratie ist einmal eine Parteibezeichnung und das andere Mal die Bezeichnung für eine Staatsform. Wenn man von „der Demokratie“ spricht, so kann man damit einmal die Parteien meinen, die für Republik, gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit usw. eintreten, das andere Mal aber die Republik, das gleiche Wahlrecht, die Pressefreiheit usw. selbst.

Spricht man von der Demokratie im Gedanken an die demokratischen Parteien, so kann man zwischen einer bürgerlichen und einer proletarischen Demokratie unterscheiden. Die Mitglieder der Demokratischen Partei und die Zentrumsteute erscheinen dann als die bürgerlichen Demokraten, die Sozialdemokraten als die proletarischen Demokraten.

Wenn die Kommunisten auf der betretenen Bahn weiter-schreiten, so werden sie auch einmal auf diesen Ehrenitel Anspruch erheben dürfen. Nur müssen sie sich erst über eines klar werden: so richtig es ist, in bezug auf die Parteien zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie zu unterscheiden, so unsinnig wird diese Unterscheidung, wenn sie auf die demokratische Staatsform selbst bezogen wird.

In diesem Sinne gibt es keine „bürgerliche“ und keine „proletarische“ Demokratie. Das Recht zu wählen, abzustimmen, keine Meinung frei zu äußern — kurz alles, was den Inhalt der Demokratie bildet —, ist weder „bürgerlich“ noch „proletarisch“. Gegen die demokratische Staatsform wird nicht das geringste bewiesen, wenn man die Handlungen der demokratischen Parteien kritisiert.

Darum ist es ein Unsinn, von einer „bürgerlichen“ Demokratie im Sinne der Staatsform zu reden und dann diese „bürgerliche Demokratie“ als eine „bürgerliche Unterdrückungs-

Mussolini für Averescu.

Der Faschismus für das rumänische Militärregime.

Bukarest, 3. April. (TL) Der Außenminister erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, das Kabinett werde die Außenpolitik der früheren Regierung fortsetzen. Im diplomatischen Korps würden keine Veränderungen vorgenommen werden. Außerordentliche Bedeutung messe er einer Verbesserung der italienisch-rumänischen Beziehungen bei und werde darauf sein Hauptaugenmerk richten. Die Freundschaft Averescus mit Mussolini sei die beste Grundlage dafür. Wie dazu von einer Averescu nachstehenden Persönlichkeit mitgeteilt wird, hat Averescu vor seinem Regierungsantritt von Mussolini die Zusage erhalten, daß Italien jetzt als dritte Großmacht das Abkommen unterschreiben und ratifizieren werde, daß Bessarabien Rumänien zuerkannt. In dieser bedeutungsvollen Zusage Mussolinis wird der Grund dafür erblickt, daß Averescu mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist. Brașanu war es trotz größter Anstrengung nicht möglich, die Anerkennung Mossins zu erreichen.

„Friedliche Verständigung“ mit der Sowjetunion.

Bukarest, 3. April. (Meldung der Agentur Orient-Radio.) Der Minister des Auswärtigen, Wittelen, erklärte, daß die ausländische Politik der neuen Regierung die Richtung einhalten werde, die ihr die früheren Regierungen gegeben haben, d. h. die Richtung der herzlichen und friedlichen Beziehungen. Mit Sowjetrußland werde die Regierung eine Politik der friedlichen Verständigung verfolgen, ohne sich auf Verhandlungen über die Grenzen einzulassen. Sie werde das Programm der Kleinen Entente leistungsfähig und erweitern.

Averescus Osterbotschaft: Auslandsanleihe notwendig.

Bukarest, 3. April. (TL) Averescu hat eine Osterbotschaft erlassen, in der er darauf hinweist, er sei sich der Schwierigkeiten voll bewußt, die der neuen Regierung bevorstünden. Sie werde ihre Hauptaufgabe darauf richten, eine Gesundung der Wirtschaft und der Finanzen herbeizuführen und sie mit den tatsächlichen Bedürfnissen des Landes in Einklang zu bringen. Selbstverständlich sei es unmöglich, eine Verbesserung von einem auf den anderen Tag zu erreichen. Alle Kräfte des Landes müßten daran mitarbeiten. Hauptforderungs aber sei die Herbeischaffung von Auslandskrediten. Voraussetzung für das Gelingen der Sanierung sei, daß man die Regierung ungestört arbeiten lasse. Verkehrsminister Brașanu teilte mit, daß er seine ersten Bemühungen darauf richten werde, eine Auslandsanleihe für die Eisenbahnen herbeizuschaffen.

Unmöglichkeit der Gemeindevahlen?

Bukarest, 3. April. (TL) Trotz der amtlichen Dementis verkündet in gut unterrichteten Kreisen, daß die Annullierung der Gemeindevahlen unmittelbar bevorsteht.

maschine" zu bezeichnen. Es ist auch ein Unfuss, über die "reine Demokratie" zu höhnen, die den Arbeitern "von der Bourgeoisie geschenkt" sei. Wer hat wem etwas geschenkt? Waren die englischen Chartisten, die französischen Junikämpfer, die österreichischen, die belgischen, die preussischen Wahlrechtskämpfer Bourgeois? Ständen die demokratischen Forderungen, die in der Verfassung von Weimar verwirklicht sind — allgemeines, gleiches Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen, direkte Gesetzgebung durch das Volk usw. — etwa im Programm der Krupp, Stinnes und Oldenburg v. Januschau oder nicht im Erfurter Programm, im Programm Bebel's und Liebknecht's?

War es ein Irrtum des europäischen Proletariats, daß es um politische Rechte kämpfte? Sind diese Rechte nicht Eroberungen, sind sie Geschenke, Danaergeschenke der Bourgeoisie?

Doch was sollen all diese wunderlichen Kreuz- und Quersprüche, nachdem die "Fahne" selbst zugegeben hat, daß die Demokratie "geeignete Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter" bietet?

Indem die Kommunisten für den Volksentscheid zur Fürstenernennung eintraten, haben sie ihr Damaskus gefunden. Gibt es von da noch einen Rückweg zur Theorie der gewaltsamen Machtergreifung? Nein, diesen Rückweg gibt es nicht! Würden die Kommunisten noch einmal ihre Anhänger dazu auffordern, ihr Leben und ihre Freiheit für den Zweck der gewaltsamen Machtergreifung in die Schanze zu schlagen, so hätten sie von ihnen die Antwort zu erwarten, "Ja, warum verfehlt ihr es nicht mit dem Wahlrecht, mit dem direkten Stimmrecht nicht mit den legalen Mitteln der Demokratie?" Und wenn dann die Kommunisten zu beweisen versuchten, daß der Weg der Gewalt der kürzere und bequemere sei, wer würde ihnen das glauben?

Es gibt — die Kommunisten werden die letzten sein, das zu bestreiten — Fragen, die tiefer in das wirtschaftliche Leben einschneiden als die Fürstenernennung. Diese ist politisch von höchster Wichtigkeit, und jeder Republikaner muß über die erzielten Ergebnisse frohlocken, aber wirtschaftlich ist sie gegenüber anderen Fragen doch nur von untergeordneter Bedeutung. Vielleicht sind diese Fragen zum Volksentscheid noch nicht reif — aber wenn sie das nicht sind, so sind sie erst recht nicht reif zu einer gewaltsamen Lösung.

Es bleibt also dabei: Die Frage, ob die politische Macht im Kampfe gegen die Demokratie oder mit Hilfe der Demokratie zu erobern ist, diese Frage ist durch das Verhalten der Kommunisten praktisch erledigt zugunsten der Demokratie. Von jetzt ab mühen vernünftigerweise alle Sozialisten ihre gemeinsamen Anstrengungen auf das Ziel richten, die sozialen Probleme mit den Mitteln der Demokratie zu lösen.

Ein Kommunismus, der mit den Mitteln der Demokratie operiert, hat aber neben der Sozialdemokratie keine Existenzberechtigung mehr. Was übrig bleibt, ist eine Scheinexistenz, die mit Schimpfereien auf die grundtätigst siegreiche Sozialdemokratie kümmerlich aufrechterhalten wird. Das geht so eine Weile, aber es geht nicht lange.

Das große Fliegen.

Hamburg, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der Hamburger Kommunisten, von Borstel, ist aus der Partei ausgeschlossen worden. Weitere Ausschüsse stehen bevor.

Theodor Liebknecht und Schwarzrold. Theodor Liebknecht berichtet die Angabe der "Roten Fahne", er sei entschlossen gewesen, Schwarzroldene Schleifen vom Grab seines Vaters zu entfernen. Diese Angabe entbehre jeder Unterlage.

Teno und Stahlhelm. Zu der Meldung der "Roten Fahne", wonach die hallenser Technische Rothilfe ihre Postkraftwagen für die benachteiligten Stahlhelmlinien zur Verfügung gestellt habe, teilt die Hauptstelle der Technischen Rothilfe mit, daß diese Meldung frei erfunden ist.

Zwischenruf.

„Le prince gamelle“, der Hochgeschützprinz von Frankreich, ist dieser Tage in Palermo gestorben. Prinz Louis Philippe von Orléans machte zum erstenmal von sich reden, als er nach Vollendung des 20. Lebensjahres in Paris erschien, um — seiner Dienstpflicht zu genügen, obwohl alle Sprossen des Hauses Bourbon des Landes verwiesen waren. Der Zweck seiner Reise „zum Kommiß“ war übrigens rasch erreicht: alles redete von ihm und lachte über den hoffnungslosen Sprössling des anciens régime.

Rur einer lachte nicht, der Polizeiminister Constant. Der ließ Louis Philippe kurzerhand einsperren, zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe verurteilen und — auch abspülen! Da dem Prinzen keinerlei Vergünstigungen bei seiner Haft eingeräumt wurden, mußte er sein Essen nach Soldatenmanier im „Hochgeschützdeckel“, in der „gamelle“, fassen, wie jeder andere Strafgefangene auch. Das Erlebnis trug ihm den Namen „prince gamelle“ ein, den er bis an sein Lebensende behielt. Die Sänger in den Kabarett's und die Strahlfänger in den Höfen von Paris sangen seinen Namen, bis der Prinz die Geschichte jact hatte und sich zu einem Begnadigungsgesuch entschloß.

Väterlichkeit tötet — in Frankreich. Und so hat die Thronanwartschaft der Bourbonen durch die Hochgeschützrasse Louis Philippe vielleicht den empfindlichsten Stich erhalten. Ein Thronprätendent, der mit der Krutenmütze und dem Hochgeschützdeckel seine „Erbswürst“ faßt, so ein Bild vergißt der Franzose nicht. Er lacht und erschlägt damit am besten den, den er meint.

Und wir? Unser „Dauphin“ hat es, Gott sei Dank, gar nicht nötig, mit dem Hochgeschützdeckel zum Fassen anzutreten. Er hat für solche Zwecke den „Silberauslass“ der deutschen Städte; er hebt und streckt sich auf seinem „Thronchen“, dem gleichmäßigen Eigentum des Thronprätendenten und verzehrt seine Generalspension — und wehe dem Gendarm oder Polizeiminister, der ihm Unbequemlichkeiten macht.

Warum hier zweierlei Maß? Weil in Frankreich trotz aller „Bürgerkönige“ und napoleonischer Marschälle 1789 eine wirkliche Revolution vor sich gegangen ist, während unser Bürgertum trotz aller innerer Krisen 1848 und 1918 eine Schlampe und Palastgesellschaft gebildet ist. Nur die Arbeiterklasse wird sie einmal aus dem Schlummer (schrecken! Bis dahin bleibt dem Kronprinzen sein Silbergeschütz — und dem „Dauphin“ sein Hochgeschütz.

Zum Behlen der Hedwig-Wange-Gasse findet am 11., nächtl. 3 Uhr, im Komödienhaus eine Souborvorstellung des „Garten Eden“ zu den üblichen Abendpreisen statt.

Zum Sachsenstreit.

Von der sächsischen Fraktionsmehrheit erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 143 des „Vorwärts“ wird in dem Artikel „Verschärfung des Sachsenkonflikts“ behauptet: Sowohl in den weiteren Verhandlungen als auch auf dem Landesparteitage selbst spielte die Erklärung der Fraktionsmehrheit, eventuell auch ohne politischen Grund auszulösen, die Hauptrolle.

Diese Darstellung ist unrichtig. Wahr ist, daß die Fraktionsmehrheit am Tage der Landesparlamentarier Sachsens, am 31. Januar, einen für die Landesversammlung bestimmten Antrag der Landesinstanzen, der belagte, werden die Anträge abgelehnt oder löst sich der Landtag bis Ende Februar nicht selbst auf, so ist der Antrag auf Auflösung zu stellen, mit der Begründung beanstandete und ablehnte, daß er gegen den Heidelberger Beschluß verstoße. Die Fraktion beschloß auf Grund dieses Einspruchs, den Abschnitt als gegenstandslos zu erklären und der Landesversammlung nicht vorzulegen. Damit ist eindeutig bewiesen, daß die Fraktion nie daran gedacht hat, den Landtag auch ohne politischen Grund aufzulösen.

Hierzu wird uns aus dem Bureau des Parteivorstandes geschrieben: Diese Berichtigung schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß Fraktion und Organisationen sich einig waren, daß dieser Landtag im März der Auflösung verfallen solle.

Eine Reichsbahnkorruptionsaffäre.

Die Vorgänge bei der Direktion Osn.

Durch den Selbstmord des Reichseisenbahnrats Föcking in Frankfurt a. d. Oder erhält die Öffentlichkeit endlich Kenntnis von Vorgängen bei der Reichsbahndirektion Osn., mit deren Untersuchung drei Staatsanwaltschaften schon über ein Jahr lang angehtlich sicherhaft tätig sind, ohne sie zu einem Ende zu bringen. Wie die „Vossische Zeitung“ zu berichten weiß, kann kaum mehr ein Zweifel bestehen, daß Beamte der Reichsbahndirektion Osn. in Frankfurt a. d. Oder sich gemeinsam mit dem Bauunternehmer Schmidt-Rosengarten, der den Auftrag zur Herstellung der Gebäude des Grenzbahnhofes Neu-Benishen, zur Errichtung einer umfangreichen Beamtenkolonie in der Nähe des Grenzbahnhofes und zum Umbau des Hauptbahnhofs Frankfurt a. d. Oder erhalten hatte, zusammengesetzt und die Reichsbahn um außerordentlich hohe Summen geschädigt haben. Die ersten Anzeigen gehen bereits auf das Jahr 1924 zurück, wo ein abgebaute Oberbahnwärter der Hauptverwaltung der Reichsbahn ziemlich genaue Angaben über Unregelmäßigkeiten bei den Neubauten machte. Später erfuhr die Reichsbahn aus Anzeigen von Konkurrenzfirmen, daß der Bauunternehmer Schmidt-Rosengarten die Reichsbahndirektion unter Mitwirkung von Beamten in großartigster Weise betrogen hatte. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergab dann, daß die Reichsbahndirektion unrichtige Rechnungen erhalten hatte. Nachdem zunächst drei Staatsanwaltschaften von Guben, Frankfurt a. d. Oder und Meserich sich mit den Vorgängen beschäftigt hatten und nachdem der Bauunternehmer Schmidt-Rosengarten verhaftet worden war, gelang endlich nach Jahresfrist eine Zentralisierung der Untersuchung, die dann zur Verhaftung mehrerer Beamter, darunter auch des Föcking führte.

Die Kredite der Staatsbank.

Das Urteil im Bestechungsprozeß.

Im Prozeß gegen Angestellte der Seehandlung wurde am Sonnabend vormittag folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten werden unter Freisprechung von der Beileidung zur Untreue bzw. von der Untreue selbst verurteilt und zwar Feld wegen altäcker Bestechung in zwei Fällen zu 8 Monaten Gefängnis, Blodow wegen passiver Bestechung in fünf Fällen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, Kerstan wegen passiver Bestechung in sechs Fällen zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, Jost wegen passiver Bestechung in vier Fällen zu 9 Monaten Gefängnis und Reichel wegen passiver Bestechung in drei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft wird bei Feld mit vier Monaten, bei Blodow

Herzöge und Künstler.

Es ist in diesen Tagen des Volksbegehrens nicht ohne Reiz, die Herzöge Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha und Bernhard von Weimar in einem Denkmals-Ausschuh wirken zu sehen, der sich die „entschädigungslose Enteignung“ derjenigen Künstler zum Ziele gesetzt hat, die das Glück hatten, ehe dem als Gothaer „Untertanen“ das Licht der Welt zu erblinden.

Für die Gefallenen eines Regiments soll ein Denkmal errichtet werden. Künstlerisch begabte „Landeskinder“ erzielten Schreiben, in denen der Denkmals-Ausschuh ihnen mittelste, sie würden in die Zahl der engeren Konkurrenten aufgenommen werden, wenn sie unentgeltlich und ohne jede Verbindlichkeit Entwürfe liefern wollten. Denn da „unzählige“ Bewerber alles umsonst machen wollten, so konnte der Ausschuh (nebst zwei schwerreichen Herzögen) sich nicht „binden“, das heißt: keine Preise aussetzen.

Und siehe, viele kamen, um dankenswerten Herzens ihre Gaben darzubringen, diese „Unzähligen“, die man nach unvorsichtig entworfenen Worten „um Geld und Zeit brachte“. Auf der herzoglichen Burg in Gotha wurden die armen Gaben reicher Künstler der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hochherzig stiftete der Landesoberster dazu eine — kostenlose Schloßbesichtigung, an der auch die konkurrierenden Künstler teilnehmen durften. Es wurde eine erhebende Feier. In selbsterhebender Ehrfurcht (wenn auch schlaffen und leeren Beuteln) blickten unsere Künstler zum Schloßberg empor, und ihre Hochrufe auf den herzoglichen Denkmals-Ausschuh durchdrangten die stille Abendluft.

Mühte das deutsche Volk sich nicht schämen, seine angestammten Fürsten zu enteignen, die in so erhabener, opferwilliger Weise der Pflege von Kunst und Wissenschaft sich widmen?

Fritz Hellweg.

Im Theater in der Kommandantenstraße gastiert das Kabarett der Komiker. Es will, wie der lustige Konferenzen Kurt Robitschek mittelst, keine differenzierte Kunst, sondern nur einige heitere Stunden bieten, was ihm auch gelingt, wenn man während den Tanzdarbietungen Diametta Hildegardes allerdings unentwegt beide Augen zudrückt. Aber trotz allem bleibt ein Mißverhältnis bestehen. Eins schickt sich aber nicht für alle, und wenn der „Blaue Vogel“ auch mit Recht auf einer Theaterbühne unheimlich, die Komiker schützplatteln wirtungsvoller sicher im Kabarett. Im Theater ist man, trotz aller, aller Lustigkeit, doch immerhin ein bißchen kunstförmig eingestellt, und, du lieber Gott, was soll man angesichts der Komiker damit anfangen? Etwa das „Märchen im Schnee“ von Robitschek und Morgan mit der Musik von Stoß, das sich stolz Operette nennt, aus dem Gesichtswinkel des Russen- und Theaterreferenten betrachten? Dann bleibt nichts davon übrig als Morgans wunderbarer Fährdienstleiter Johann Nepomuk Bondratschek, der durch den lustigen Unfuss doch einen Funken echten Menschentums flimmern läßt. Les.

Der Schupoverband deutscher Schriftsteller hat in seiner Hauptversammlung zur Vorlage des Schund- und Schmutzgeheles folgende Resolution gefaßt: „Der Schupoverband deutscher Schriftsteller verfolgt mit Sorge die Gestaltung, die der Gesetzgebung zum Schutze der Jugend vor Schmutz und Schund angenommen

mit 4 Monaten 4 Wochen und bei Kerstan mit 3 Monaten in Höhe der Rechnung gebracht. Blodow, Kerstan und Jost wird auf die Dauer von je drei Jahren die Fähigkeit zur Beileidung öffentlicher Ämter abgeprochen. Die Bestechungsgelder und -gegenstände werden eingezogen und die Kosten des Verfahrens den Angeklagten auferlegt.

In der Urteilsbegründung wird mit vollem Recht auf die Mängel in der Organisation der Staatsbank hingewiesen, die den Verurteilten ihre Handlungsweise erleichtert haben. Wenn es aber in der Begründung unter starker Hervorhebung der „früheren“ Zeiten weiter heißt, daß sich die Verhältnisse und die Integrität der Persönlichkeiten „in radikaler Weise“ geändert hätten, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich der Personenkreis in der Staatsbank gegen „früher“ kaum verändert hat. Die Mängel, die sich herausgestellt haben, treffen diesen Personenkreis des alten Regimes mit voller Schärfe. Das darf nicht vertuscht werden.

Wiederaufleben der Pariser Finanzdebatte.

Der Senat macht Schwierigkeiten.

Man hätte erwarten dürfen, daß, nachdem die französische Deputiertenkammer sich schließlich auf die Finanzvorlage Briand-Péret geeinigt hat, nunmehr die Zustimmung des Senats nur noch eine Formsache sein würde. Zunächst schien es auch, als ob im französischen „Oberhaus“ alles glatt gehen würde. Nach den neuesten Meldungen will aber die rückschrittliche Mehrheit des Senats gerade die Teile der von der Kammer angenommenen Vorlage wieder streichen, die einen fortschrittlichen Charakter aufweisen, nämlich das staatliche Monopol auf die Zucker- und Petroleumindustrie. Wenn dies geschieht, so müßte, wie überhaupt bei jeder noch so geringfügigen Änderung durch den Senat, die gesamte Vorlage wieder an die Kammer zurückgehen, die nunmehr entweder die im Senat vorgenommenen Änderungen billigen oder auf ihrer Fassung beharren würde.

Solches Hin und Her, den sogenannten „Vendeleverker“ zwischen Kammer und Senat, erlebt man freilich bei der Verabschiedung eines jeden Gesetzentwurfes, insbesondere des Budgets. In diesem Falle aber könnte eine solche Stellungnahme des Senats sehr ernste Folgen haben. Denn die Regierung ist ja nur durch die Stimmenthaltung der Sozialisten gerettet worden, wie überhaupt viele Abgeordnete des Linksbloks der Péret'schen Vorlage nur zugestimmt haben, um endlich Schluß zu machen und in der Überzeugung, daß ein besseres Steuerprogramm im Senat doch nicht durchzubringen sein würde. Sollte aber der Senat selbst diesen mangelhaften Entwurf noch verschlechtern, dann könnte es sehr leicht passieren, daß vielen Abgeordneten der Linken die Geduld reißt und daß, unbestimmt um die Osterfeiertage, eine Ministerkrise entsteht, die durch eine regelrechte Verfassungskrise, nämlich einen ungeplanten Konflikt zwischen Kammer und Senat, verschlimmert wäre. Einstweilen versucht Briand durch Verhandlungen mit den Parteiführern des Senats diese Gefahr abzumenden. Die Entscheidung des Senats soll heut nachmittag fallen, und um 6 Uhr ist eine neue Sitzung der Deputiertenkammer auf alle Fälle angesetzt.

Der Senat berät.

Paris, 3. April. (G.L.Z.) Der Senat hat heute vormittag die Beratung über die von der Kammer angenommenen Steuererlasse begonnen. Ministerpräsident Briand und Finanzminister Doucet wohnten der Sitzung bei. Senator Chéron ergriff als Berichtserstatter das Wort, um sich über die Steuererlasse im einzelnen auszusprechen und um den Standpunkt, den der Finanzausschuh in dieser Frage eingenommen hat, zu rechtfertigen. Die Sitzung dauert noch an.

Paul Boncour in Warschau. Am Freitag traf der französische Delegierte beim Völkerbund, Genosse Paul Boncour, in Warschau ein. Paul Boncour bleibt bis zum 14. April. Er beabsichtigt eine Reise durch ganz Polen, in der Hauptsache auch nach den Randgebieten, so nach Wilna, Bemberg, Krasau und nach der polnisch-litauischen Grenze, zu unternehmen. Boncour wird auch Polen und Oberschlesien besuchen.

hat, weil er befürchten muß, daß die Schaffung einzelstaatlicher Prüfstellen eine unübersehbare und verwirrt Rechtslage zur Folge hat und willkürlicher Geschmacksdiktatur das Tor öffnet. Der S.D.S. erhebt ungeachtet seiner grundsätzlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf die dringende Forderung, daß statt der vorgeschlagenen Landesprüfstellen eine Reichsprüfstelle gebildet wird und die Entscheidungen nicht mit einfacher, sondern mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.“

Arbeitslose jagen Mäuse! Der bekannte russische Filmregisseur Megerhold dreht gegenwärtig einen Film, der die Schäden darstellt, welche die Reichheit durch Mäuseplagen zu erleiden hatte. Megerhold benötigte zu diesem Monumentalfilm gegen hunderttausend Mäuse, die herbeizuschaffen keine Kleinigkeit war. Es blieb nichts anderes übrig als durch Anzeigen in großen Petersburger Blättern Arbeitslose zur Mäusejagd aufzufordern, und für die Herbeischaffung jeder Maus einen Betrag festzusetzen. Die Petersburger Arbeitslosen stiegen also etwa zwei Wochen hindurch eifrig Mäuse und Megerhold und sein Stab mußten die zuerst eingefangenen Mäuse sorgfältig unterbringen und verpacken, damit sie durch Abgang ins Jenisei vor Einfrieren der übrigen Mäusepartien nicht einen Streich durch die Rechnung machten. Die Mäuse waren endlich beisammen und das Budget des Filmunternehmens weist ein hartes Pflaum auf, da die unvorhergesehene Mäusejagd ziemlich viel kostete. Aber eine Reklame, wie man sich sie nicht besser wünschen kann, ist durch die Mäusejagd dem Film beschieden gewesen.

Ein Denkmal für einen russischen Rebellen. An der Küste des Kaspiischen Meeres, etwa 12 Kilometer von Baku entfernt, soll auf einem Felsen ein Denkmal für Stefan Rasin errichtet werden, der im 17. Jahrhundert einen gefährlichen Aufstand gegen die Moskauer Zarenregierung erregte. Die große Popularität, die der Rebellenführer seinerzeit bei den Volksmassen gewann, führte dazu, daß sich allmählich allerlei Sagen um ihn spannen und er auch in Volksliedern belungen wurde. Die Sowjetregierung, die ja überhaupt bestrebt ist, das Andenken an alle Revolutionäre und Rebellen wach zu erhalten, will nun auch diesem Gegner des Zarentums ein Monument errichten lassen. Das Denkmal soll die überlebende große Gestalt Rasins darstellen und so groß werden, daß sie von den Schiffen auf dem Kaspiischen Meer schon von weitem gesehen werden kann.

Erstaufführungen der Woche. Donnerstag: Staatsoper: „Niobne auf Naxos“. Freitag: T. b. K. Theater: „Stein unter Steinen“. Sonnabend: Stadt. Oper: „Barbier von Sevilla“.

Kenntnis-Vorträge. Montag (5. 9), Dienstag (5. 7), Mittwoch (5), Donnerstag (5. 9), Freitag (5. 9): „Das Blumenwunder“. — Montag (7), Dienstag (9), Mittwoch (9), Donnerstag (7), Freitag (9), Sonntag (9): „Wald und Heideleben in Menschenhand“. — Mittwoch (7): „Die Geheimnisse der Tierwelt“. — Sonntag (5. 7), Sonntag (5. 7): „Die Schätze des Meeres“.

Wie die Zeitung „Volksbühne“ meldet, hat der Verband der deutschen Volksbühnengemeinschaften beschlossen, sich am 15. April beginnenden Feststellung der revolutionären Kunst des Abendlandes in Rossau zu betätigen. Verschiedenes Material, besonders Bühnenbilder zu „Der befreite Don Quixotte“ von Lunacharski und zu Paquets „Sturmhut“ sind abgehandelt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die „kaufmännische Betriebsführung“ der Reichsbahn Im Dienst der Scharfmacher.

Das Reichsbahngehege verpflichtet die Verwaltung der Eisenbahn zu kaufmännischer Betriebsführung, weil durch jahrelange Winterarbeit interessierter Kreise, der Öffentlichkeit durch die von denselben Kreisen ausgehaltene Presse, der vollkommen falsche Meinung suggeriert worden war, daß ein öffentlich bewirtschafteter Betrieb teurer arbeiten müsse, als ein privatwirtschaftlicher. Durch den geradezu unverantwortlichen Abbau, durch Einführung ungeheurer Korruptionszulagen an leitende Beamte und „Lieblinge“, zeigte Herr v. Siemens und seine Verwaltung, was sie unter kaufmännischer Betriebsführung verstehen.

Während in allen Verwaltungen der Abbau eingestellt ist, geht es bei der Reichsbahn H. § 24 des Reichsbahngesetzes munter weiter. In diesen Tagen werden in Berlin eine ungeheure Zahl von Beamten und Beamtinnen in das Arbeiterverhältnis übergeführt, d. h. für jeden dieser rücküberführten Beamten wird ein Arbeiter entlassen. Während sich im allgemeinen die Industrietriebe langsam vermindern wird sie durch die Reichsbahn abfichtlich vergrößert, lebhaft um nach den Wünschen der Industriellen im Verwaltungsrat die Löhne drücken zu können.

Wie „kaufmännisch“ man dabei arbeitet, sei nur an einem Beispiel demonstrativ: Ein abgebautes Regierungsbaumeister der Reichsbahn übernimmt die Bahnunterhaltungsarbeiten als Privatunternehmer. Während die geschulten Reichsbahnarbeiter einen Stundenlohn von 43 bis 45 Pf. erhalten, zahlt er seinen Leuten 60 bis 70 Pf. pro Stunde. Die Reichsbahnverwaltung Kassel, darauf hingewiesen, daß viele von einem Privatunternehmer gezahlte Lohnsumme doch auch für ihre eigenen Leute nicht unerschwinglich sein könnte, antwortet unter dem 1. März d. J. mit einem sonst formlosen Schreiben, in welchem aber das Zugeständnis enthalten ist, daß man mit anständigen Löhnen eine erhöhte Wirtschaftlichkeit und bedeutend bessere Leistungen erreicht.

Wie „wirtschaftlich“ man arbeitet, geht auch aus der Tatsache hervor, daß man jetzt in Berlin eine vier Kilometer lange Versuchsstrecke mit großen Kosten erbaut hat, während hundert Kilometer gleichwertiger Strecken zur Verfügung stehen. Während man die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn betreibt, baut man gleichzeitig in die Dachkonstruktionen der Stadtbahnstationen mit großem Kosten Rauchabzüge ein. Eine ungeheure Verschwendung betreibt die Reichsbahn mit den von ihr ausgehaltenen Sportvereinen, als da sind, Leichtathletik, Tennis, Box, Scheraballett, Fußball, Wasserpoli, Fechtvereine für Florett, leichte und schwere Säbel usw. Unglaubliche Summen verschlingen auch Zeno, Bahnhofs- u. s. w. Organisationen, in welche aus leicht erkennbaren Gründen nur politisch rechtsgerechte Elemente aufgenommen werden, die dann gleichzeitig vor jedem Abbau geschützt sind.

In einem Schreiben der Hauptverwaltung heißt es:

„Die Reichsbahndirektion Königsberg (Pr.) hat einzelne, im Bahnschuldendienst besonders tüchtige und gut eingearbeitete Beamte, für die Ersatz nicht vorhanden ist, von der Ueberführung in das Arbeiterverhältnis ausgenommen. Sie hat sich bei der Abwägung des Wertes dienstlicher Leistungen der für die Ueberführung in das Arbeiterverhältnis in Betracht kommenden Beamten... von der Auffassung leiten lassen, daß bei sonst gleichen Leistungen im eigentlichen Beamtendienst diejenigen Beamten für die Verwaltung wesentlich wertvoller sind, die eine besondere Ausbildung für einen anderen Dienstzweig mit Erfolg zurückgelegt haben und infolgedessen vielseitiger verwendbar sind. Zu solchen wertvolleren Kräften hat sie auch den mit besonderen Kosten gewonnenen und geschulten Stamm der Bahnschuldmitglieder rechnen zu müssen geglaubt. Sie befindet sich mit dieser Auffassung in Uebereinstimmung mit uns.“

Zur Richtigstellung bemerken wir, daß die im Bahnschuldendienst verwendeten Züge die Bezeichnung „Bahnschuld- und Wiederherstellungszüge“ führen. Panzerzüge werden nicht verwendet.

Daß Panzerzüge bisher nicht verwendet, aber für Bahnschuldzwecke gebaut werden, ist unseren Lesern bekannt. Was haben alle diese Dinge mit kaufmännischer Betriebsführung zu tun? Wo ist die Wirtschaftlichkeit? Werden alle diese Dinge nur deshalb gemacht, um die Ziffern für Personalausgaben künstlich hochzuschrauben, und dadurch die Arbeiterlöhne und Beamteneinkünfte künstlich niedrig halten zu können?

Die „politische“ Betriebsversammlung.

Als das preussische Vereinsgesetz noch lebte, da kam es nicht selten vor, daß ein Polizeispiegel in einer gewerkschaftlichen Versammlung politische Reden geführt haben wollte. Die Folge war dann ein Prozeß gegen den Versammlungsleiter wegen Verletzung einer nicht angemeldeten politischen Versammlung, und der Richter hatte die Aufgabe, zu untersuchen, ob die Versammlungsreden tatsächlich einen politischen Charakter hatten oder nicht.

An solche längst vergangenen Vorgänge wurden wir lebhaft erinnert durch einen Prozeß, den der Arbeiterrat gegen die Firma Bergmann & Co. vor dem Gewerbegericht führte. Die notwendigen Auslagen des Arbeiterrats einschließlich der Kosten der Betriebsversammlungen hatte die Firma seither, wie es ihre Pflicht ist, erlegt. Neuerdings aber verweigerte sie die Erstattung der 60 Mark betragenden Soomiete für eine in den Tharus-Sälen abgehaltene Betriebsversammlung, weil diese Versammlung einen politischen Charakter getragen habe, also keine Betriebsversammlung gewesen sei. Diese Ansicht der Firma stützt sich auf einen Bericht des von der Firma in die Versammlung entsandten „Beauftragten“, der

mitgeteilt hat, es sei ein politisches Referat über die wirtschaftliche Lage gehalten, ein gleichfalls politisch gehaltener Bericht einer Erwerbslosenkommission erstattet und Flugblätter zugunsten der Fürstenernteigung verteilt worden.

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Versammlung, die etwa drei Stunden währte, den größten Teil ihrer Zeit für die Besprechung von Betriebsangelegenheiten brauchte. Daneben wurde ein 30 bis 40 Minuten in Anspruch nehmendes Referat über die wirtschaftliche Lage gehalten, was natürlich nicht nur auf die Verhältnisse des einzelnen Betriebes Bezug nahm, sondern mehr einen allgemeinen Charakter hatte. Schließlich hat noch jemand 15 bis 20 Minuten über Forderungen zugunsten der Erwerbslosen gesprochen. Dieser Redner gehörte — was erst später bekannt wurde, von der Firma aber als erschwerender Umstand angeführt wird — nicht zur Belegschaft des Betriebes. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Mitglied des von den Kommunisten ausgesprochenen Erwerbsloserrates, dem der kommunistische Leiter der Versammlung ohne viel Umstände das Wort erteilt hatte. Die Fürstenernteignungsflugblätter — ein nach Ansicht der Firma schwer belastendes Moment — wurden auf der Treppe außerhalb des Versammlungssaales von unbekannter Seite verteilt.

Das Gericht (Kammer 7) verurteilte die Firma, dem Arbeiterrat die Versammlungskosten zu erstatten. Es handelte sich um eine Betriebsversammlung, deren Charakter nicht dadurch geändert worden sei, daß einzelne Ausschweifungen auf das politische Gebiet vorgekommen seien, was namentlich hinsichtlich des Referats über die Erwerbslosenfürsorge der Fall gewesen sei. Daß solche Ausschweifungen und Ausschweifungen vorgekommen seien, erkläre sich daraus, daß die Versammlung einen ungeladenen Leiter hatte. Maßgebend sei, daß in politischer Hinsicht keine Beschlüsse gefaßt seien. Durch Entgleisungen von zwei Rednern sei die Versammlung nicht zu einer politischen geworden. Für die Flugblattverteilung außerhalb des Saales sei die Versammlungsleitung nicht verantwortlich.

Verlängerung des Buchdruckerarbeits.

Unter dem 30. März wurde zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein (Unternehmer) und dem Verbande der Deutschen Buchdrucker samt dem Guttenbergbund vereinbart, daß der Manteltarif seit dem 31. März 1927 verlängert wird und um je ein Jahr verlängert, solange er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Der Bohntarif wurde bis zum 10. September 1926 verlängert und kann bis 9. August erstmals schriftlich gekündigt werden. Wird er nicht gekündigt, läuft er bis zum 28. Januar 1927 bzw. bis Ende März 1927 weiter.

Der „Korrespondent“ rechtfertigt die unveränderte Weiterdauer des Mantel- und des Lohntarifs in einleuchtender Begründung aus den Verhältnissen heraus, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben.

Der Gewerkschaftsausschuss für die besetzten Gebiete.

Koblenz, 3. April. (A. B. Z.) Der Gewerkschaftsausschuss für die besetzten Gebiete hält am Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, in der städtischen Festhalle eine Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Tätigkeit des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, 2. Neuwahl des Gewerkschaftsausschusses und Wahl des engeren Arbeitsausschusses. Zu der Tagung sind die in Frage kommenden Ministerien des Reiches, der Länder des besetzten Gebietes und andere Behörden eingeladen. Reichsminister Dr. Marx und der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz werden u. a. erwartet.

Bezirksbetriebsratswahl in Oberschlesien. Erfolg der freien Gewerkschaften.

Am 13. und 14. März fand die Bezirksbetriebsratswahl im Bereich der Regierung in Oppeln statt. Dabei wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 340 Stimmen, für die Liste des GdV 66 Stimmen und für die Liste des GdA (DAB) 67 Stimmen abgegeben. Auf Grund dieses Ergebnisses fallen sämtliche fünf Sitze den freien Gewerkschaften zu, so daß der GdV und der GdA, die bisher je einen Sitz in dem Betriebsrat inne hatten, diesen an die freien Gewerkschaften abgeben mußten.

Zur Wanderungsfrage in Frankreich.

(A. B. Z.) Auf seiner am 26. März abgehaltenen Sitzung hat der Verwaltungsrat des Französischen Gewerkschaftsbundes u. a. die Frage der Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Propaganda unter den fremden Arbeitern besprochen und beschlossen, im Interesse der italienischen Einwanderer demnächst mit der Herausgabe einer Wochenzeitschrift zu beginnen.

Die Einheit in Rumänien.

(A. B. Z.) Der reguläre Landesgewerkschaftsrat Rumäniens und die ihm angeschlossenen Verbandskomitees hielten im März in Klausenburg eine gemeinsame Sitzung ab, die u. a. auch die Frage der Einheit besprach und eine Resolution annahm, in der gesagt wird, daß die Zersplitterung der Arbeiterklasse Rumäniens lähmend auf jeden Kampf der Arbeiter zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen wirkt. Aus diesem Grund wird jede Aktion begrüßt, die dazu beitragen kann, die Vereinigung der in zwei Lager gespaltenen Arbeiterklasse herbeizuführen. Weiter wird in der Resolution gesagt, daß diese Vereinigung nicht bloß die Verschmelzung der Gewerkschaften an sich bedeuten dürfe, sondern daß diese auf prinzipieller Grundlage, d. h. im Sinne der tiefen, praktischen Methoden und Beschlüsse des IGB, und unter Berücksichtigung der in dieser Frage auf dem rumänischen Gewerkschaftskongress, den Verbandskomitees und im Gewerkschaftsrat bereits gefaßten und neuerdings bekräftigten Beschlüsse erfolgen müsse. Die Konferenz stellte fest, daß ein Abwärtswandeln dieser Grundprinzipien weder der Einheit noch den Interessen der Arbeiterklasse Rumäniens dienen könne. Sie rief die

Organisation und Arbeitermassen zum Anschluß an die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Verbände auf.

Die Differenzen im englischen Bergbau. Erklärung der englischen Zechenbesitzer.

London, 3. April. (Reuter.) Von den Zechenbesitzern wurde eine offizielle Erklärung veröffentlicht, in der klargestellt wird, daß die Zechenbesitzer zwar bei ihrer Ueberzeugung verharren, daß zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Industrie die Rückkehr zu einer längeren Arbeitszeit unerlässlich ist, daß aber die Zechenbesitzer angesichts der nachdrücklichen Weigerung der Arbeitervertreter, diese Anregung in Betracht zu ziehen, nicht die Absicht haben, ihre eigene Ansicht durchzusetzen. Sie erklären aber, großen Wert darauf zu legen, mit den Vertretern der Bergarbeiter über die Vorschläge der Kohlenkommission zu beraten, in denen empfohlen wird, daß die Gesamtarbeitszeit pro Woche und nicht pro Tag festgelegt wird, und daß eine größere Anpassungsfähigkeit der Arbeitszeit an die Bedürfnisse geschaffen wird. Die Zechenbesitzer sind bereit, eine große Anzahl der von der Kohlenkommission empfohlenen Maßregeln anzunehmen mit Einschluß einer Änderung der Lohnzahlung, da wo es möglich ist die Arbeiter unmittelbar am Ertrag zu beteiligen.

Die Bergarbeiter gegen die Vorschläge der Besitzer.

London, 3. April. (A. B. Z.) Der Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaften Coats erklärte gestern in einer Rede, die endgültigen Vorschläge der Zechenbesitzer bedeuteten örtliche Lohnniedrigungen und damit Lohnherabsetzungen. Daneben würden sie die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtern und alle den Arbeitern gewährten Erleichterungen abschaffen.

Die Arbeitslosenziffer in Dänemark ist in der vergangenen Berichtswache wieder um 3000 Personen zurückgegangen. Man zählt nunmehr 65 916 Arbeitslose.

Wirtschaft

Stillegung russischer Textilfabriken.

Die gegenwärtig in Russland herrschende Wirtschaftskrise macht sich besonders heftig in der Textilindustrie bemerkbar. Die Krise in der Industrie hat die Frage der Arbeiterentlassungen in den Vordergrund gerückt. Um diesen Entlassungen vorzubeugen, fordert das Zentralkomitee des Textilarbeiterverbandes vom Obersten Rat für Volkswirtschaft, daß die regulären Frühlings- und Sommerpausen der Textilfabriken verlängert werden. Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die Stilllegungen der Textilfabriken in jedem einzelnen Falle durch Abmachungen zwischen der betreffenden Wirtschaftsstelle und der Bezirksverwaltung des Verbandes vorgenommen werden, und zwar in einer Weise, daß die Pausen nicht länger als zwei Wochen währen sollen. Während dieser Zeit soll den Arbeitern der halbe Lohn ausgezahlt werden. Außerdem haben die Wirtschaftsorgane eine Reihe von Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion vorgeschlagen, die auf einen geringeren Verbrauch an Rohstoffen und Hilfsfabrikaten und auf eine Vereinfachung der Fabrikate hinzielen. Auch zu dieser Arbeit sollen die Gewerkschaften herangezogen werden. („Pravda“ vom 18. März.)

Das sind die Pläne des Zentralkomitees des Textilarbeiterverbandes. Aber die Wirklichkeit sieht weit trüber aus, als aus diesen Plänen hervorgeht. Der Leiter der Textilindustrie teilt in der „Handels- und Industriezeitung“ vom 21. März mit, daß die ergänzenden Stilllegungen der Betriebe der Baumwollindustrie außer den üblichen Osterpausen 12 bis 25 Arbeitstage betragen würden. In der Tuch- und Wollgarnindustrie werden diese Pausen bedeutend länger sein.

Die Sächsische Staatsbank gibt für das Jahr 1925 eine Bruttoeinnahme von 3,71 (i. B. 2,93) Millionen Mark an. Davon erbrachte das Zins- und Provisionsgeschäft 3,27 Millionen Mark (2,47 Millionen Mark). Die Umlaufkosten erhöhten sich von 1,91 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 2,18 Millionen Mark im Jahre 1925. Aus dem Reingewinn werden 835 960 (762 836) Mark der Landeshauptkasse zugeführt. Das ist ungefähr der fünfte Teil des eingezahlten Aktienkapitals, während die Ueberweisungen im Vorjahre rund 25 Proz. des Aktienkapitals ausmachten. Aus der Bilanz ist zu ersehen, daß sich die Gesamtschuldner von 60,45 Millionen Mark auf 123,44 Millionen Mark steigerten. Unter den Aktiven werden Akzepten und Schecks mit 0,87 (0,39) Millionen Mark angegeben und die Rosirohstoffe mit 9,99 Millionen Mark gegenüber 6,30 Millionen Mark im Vorjahre. Die Debitoren in laufender Rechnung stellen sich auf 55,34 Millionen Mark (i. B. 28,97 Millionen Mark).

Das Inkrafttreten des Klientenvertrags. Nachdem der westdeutsche Kontrakt soweit vorbereitet ist, daß die Uebernahme der einzelnen Betriebe und der Arbeitsbeginn des neuen Unternehmens am 1. April erfolgen sollte, haben sich in letzter Stunde doch noch Schwierigkeiten herausgestellt. In den Verhandlungen der Vereinigten Stahlwerke A.-G., die am 31. März stattfanden und sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, kam es nun zu einer Klärung in den Hauptfragen. Doch sind einige Punkte noch zu erledigen, so daß das Inkrafttreten der neuen Gesellschaft, das für den 1. April beabsichtigt war, noch nicht ausgesprochen werden konnte. Die Verhandlungen werden demgemäß fortgeführt. Mit ihrem endgültigen Abschluß ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Verantwortlich für Politik: Richard Baumbach; Wirtschaft: Arno Scharn; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlimm; Anzeigen und Druckerei: Reich Verlag, Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cohnert u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Gardinen!
Sonderangebote
und
Gediegenheitskühle
Künstler-
Gardinen... 2.90
Madras-
Gardinen... 4.-
Stores... 2.20
Gardinen
1 bettig... 4.-
2 bettig... 8.-
Spez. Gardinenverstell.
Neukölln,
Borgstr. 67
am Rio Bahnhof
Kein Laden!



Metallbetten
Sechsbettzimmer, Kinderbetten, Schul- u. Priv.
kat. 65, fr. Eisenmöbelfabrik Südi Taür

Städtische Baugewerkschule Berlin
W 35, Kurfürstenstr. 141
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1926
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr
im Bureau. — Teleph. Magistrat 39

**Putzwolle,
Putzlappen,
Schleifertücher**
haben abgegeben
Gebr. Holzinger,
Tel. Neukölln 4544-47

Goldstück
Deutscher Weinbrand
Stück-Sitöre

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Kleinauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden.
(Ringstr. daher Entzerrungsgl. 113/14)
Borjeiger erhält 7, Rabatt.

Fritz Röniger
Kaufmann, Preisverwalter
die billigste Bezugsquelle für
Lack- und
Lackstoffe jeder Art.

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32
Versand nach auswärts franko.

Sofa
Kleingarnituren
Küchensets, Sitz-
bänke, Metallbetten,
Küchensätze
billig aus eig.
Berth. Anfertigung
und Wobbenherstellung
sämtl. Glastisch-
Tischplatten
Lichterfeld,
Neukölln,
Bergstr. 33

Streuwaren
über im
Preisverwalter
Paul Golterz
normaler über Fern-
Marientempel 3
1. Mai 1926, 100 00

**Krause-
Pianos**
zu
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Stock

Hoffmann
**Episoden und
Zwischenrufe**
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 25.-
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen